

Bezugspreis
Die Halle monatlich bei zweimaliger
Lieferung 1,40 Mark, vierteljährlich
4,20 Mark, durch die Post 1,65 Mark
ausgeschlossen. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen. Im
amtlichen Zeitungsverzeichnis unter
Bezugs-Zustellungsstellen.
Derzeitige eingegangene Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Quellen-
angabe "Saale-Zeitung" gestattet.
Gericht der Schriftleitung Nr. 1140,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133;
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4600.

Saale-Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werd. d. 7. Geff. 30 mm br. Kolonnen-
zeile od. der Raum mit 30 Pf. u.
10 % Zuschlag berechnet und in auf-
Annoncenstellen u. allen Anzeigen-
geschäften angekauft. Die 7 mm
breite Zeile 1 Mk. u. 10 % Zuschlag.
Anzeigen-Annoncenstellen vor-
11 Uhr, für die Sonntags- u. abends,
6 Uhr. Abbestellungen, soweit zu-
lässig, müssen schriftlich erfolgen.
Erfüllungsort: Halle.
1891. 2 mal, Sonntag 1 mal. Schrift-
leit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle,
Neue Promenade 1a, Gr. Braun-
hausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.:
Markt 24 und Große Ulrichstr. 22.

Nr. 278.

Halle, Montag, den 17. Juni.

1918.

Rücktritt der bulgarischen Regierung.

Bevorstehende Bildung eines neuen Kabinetts in Sofia. — Clemenceaus Stellung. — Kege Erkundungstätigkeit an der Front Rupprechts. — Die Beute zwischen Montdidier und Noyon: 300 Geschütze, weit über 1000 Maschinengewehre. — Stärkere Artillerietätigkeit bei Noyon. — Erfolgreiche Vorstöße zwischen Maas und Mosel.

Erweiterung der Regierung Clemenceaus?

Die verhärtete Stellung Clemenceaus. — Aufgabe der Saloniki-Expedition? — Die Zuversicht der französischen Truppen. — Clemenceau verhandelt in den Wandelgängen der Kammer.

Genf, 17. Juni. (Brin-Zel.) Die französischen Zeitungen vom Mittwoch und Donnerstag, die insolge der Grenz-
kette erst heute hier vorliegen, enthalten eine besondere
Rubrik über die innerpolitische Lage, d. h. über die er-
schütterte Stellung des Ministeriums Clemenceau.
Man findet unter dieser Rubrik eine Reihe von Informa-
tionen, die im Zusammenhang erkennen lassen, warum die
gegenwärtige Regierung gefährdet ist. Unter anderem spielt
die Behauptung der Stadt Paris eine große Rolle. Die Ver-
treter der Hausmacht, der Kammer, des Senats und des
Pariser Gemeinderates sind in lebhafter Bewegung
versetzt. Sie fürchten, daß die Stadt eines Tages durch das
Angebot ebenbürtig übertrifft wird, was es die Land-
bevölkerung in den Ortschaften an die Seine und Marne
war. Sie verlangen, daß unerzwinglich Maßregeln
ergriffen werden. Von militärischer Seite ist offenbar
seit der Behauptung von Paris 1914 nichts mehr ge-
schehen, um die Befestigungsarbeiten zur Verteidigung der Stadt fort-
zuführen. Clemenceau selber hat alle diese Befestigungen
nicht zerlösen können und hat, um die Dessenhaftigkeit nicht
zu beanstanden, den Generalgouverneur von Paris
abgelehnt. Da General Dubouché durch den Oberbefehl-
haber der französischen Front, General Sarrailh, ersetzt
wird, ist es auch nicht ausgeschlossen, daß Clemenceau sich ent-
schließen wird, die Häuser von ihm selbst zu zerstören
brennende Salontier Expedition aufzugeben. Was die Stellung
Clemenceaus erschüttert, ist aber nicht nur das düstere
Schicksal der Stadt Paris, sondern die Kriegsmüdig-

keit nicht nur des Volkes, sondern auch der Armeen. Das un-
geheure Vordringen der deutschen Armeen, denen die franzö-
sische Truppen seit zwei Monaten weichen müssen, hat die
Zuversicht der Truppen erschüttert. Clemenceau
einzulisten durch das Versprechen, daß die Regierung selbst-
ständig in die Erörterung von etwaigen Friedensvor-
schlägen eintreten werde, vorausgesetzt, daß Frankreich das
Anrecht, was es verlangt. Die Zeitungen der Linken haben
aber diese Einschränkung abgelehnt. Sie fordern ganz un-
zweideutig, daß etwaige Vor schläge, woher sie auch kommen
mögen, nicht nur durch das Parlament, sondern durch die Be-
dingungen gefordert werden, sondern daß Frankreich im
Gegensatz zu seiner bisherigen Politik alles unterlasse, was
die Einleitung von Friedensverhandlungen hemmen könnte.
Daß Clemenceau selber diese Stellung als gefährdet ansieht,
ergibt sich daraus, daß er plötzlich seine Zeit mit Verhand-
lungen in den Couloirs der Parlamente verbringt und daß
er bereits damit umgeht, wie Renaudel in der „Seman-
te“ behauptet, die Kunststücke seiner Vorgänger nach-
zuahmen, sein Ministerium zu erweitern durch Annahme
von Persönlichkeiten wie Wilson, Brand und
Bainbridge. Clemenceau selber wird wohl nicht sehr gut,
daß seine Rolle ausgereicht ist. Die rücksichtslose
Kriegsführung an und hinter der Front ist zusammengebrochen
und auch die gegen die Friedensbewegung gerichteten Dis-
ziplinarmaßnahmen sind gescheitert.

Der Rücktritt Radoslawows.

WTB. Sofia, 16. Juni. Minister-
präsident Dr. Radoslawow hat dem König die
Demission des Kabinetts angetragen. Der
König hat die Demission angenommen und die
Minister beauftragt, bis zur Bildung des neuen
Kabinetts die Geschäfte weiter zu führen.

Aus Sofia, der bulgarischen Hauptstadt, kommt eine
Nachricht von außerordentlicher Bedeutung: Der am 14. April
1884 geborene Ministerpräsident Dr. Wassil Radoslawow
ist von seinem Amte zurückgetreten. Die Gründe, die zu
dieser plötzlichen Demission geführt haben, sind zur Stunde
noch nicht bekannt. Es ist aber immerhin auffällig, daß
König Ferdinand den bewährten Radoslawow, der so reiche
Erfolge für sein Vaterland erzielen konnte, nicht mit der
Neubildung der Regierung beauftragt, vielmehr die Demission
angenommen hat. Mit dem Ministerpräsidenten ist die ganze
übrige Regierung zurückgetreten. Sie wird die Geschäfte
nur noch so lange wahrnehmen, bis ein neues Kabinett ge-
bildet worden ist. Da auch in den letzten Wochen keinerlei
Meldungen über besondere Schwierigkeiten des bisherigen
Kabinetts bekannt wurden, sind noch keinerlei Schlüsse über
die tatsächlichen Gründe der Demission möglich. Es bleibt
nur übrig, weitere Nachrichten aus Sofia abzuwarten.

Dr. Radoslawow, der einst ein Genosse in Deut-
schland besuchte, wie allgemein bekannt sein dürfte
an der Heidelberger Universität, wo er auch den Doktor



Radoslawow, bulgarischer Ministerpräsident.

machte. Im Anblich an seine Studienzeit wurde er in seiner
Heimat Richter, in welcher Eigenschaft er sich durch seine Un-
bestechlichkeit und Gerechtigkeit weitgehendes Vertrauen er-
werben konnte. Schon in dem jugendlichen Alter von dreißig
Jahren spielte er eine bedeutende Rolle im politischen Leben
Bulgariens. Bereits im Jahre 1884 wurde er bulgarischer
Justizminister in dem damaligen Kabinett Karawelow.
Es war eine hochbewegte Zeit, die Angliederung Ostrum-
eniens und der streitige Feldzug gegen die Serben schienen
die Macht des Staates und das Ansehen des Fürsten
Alexander, des Vatersberger, zu stärken. Der enge Anblich
des Landes an Rußland führte zu heftigen inneren Wirren,
die schließlich den Vatersberger zu Fall brachten. Bulgarien
erlebte seine furchtbarsten Zeit und Stambulow wurde der
Regent des Landes. Unter dessen Regenschaft wurde Ra-
doslawow auch zum ersten Male Ministerpräsident in seiner
Heimat. Schon damals erkannte er die Heuchelei und den
Eigennutz der russischen Befreier. Er vertrat entschieden die
antirussische Politik Stambulows, entzweite sich jedoch mit
diesem und wurde von Stambulow in der Folgezeit aufs
heftigste angefeindet. Unmittelbar nach der Wahl Ferdi-
nands von Koburg-Kohary, des jetzigen Königs, zum Fürsten
nahm Radoslawow seinen Rücktritt und stellte sich an die
Spitze der liberalen Partei, die er selbst gegründet hatte. Mit
Eifer und Leidenschaft beämpfte er die Regierungspraxis
Stambulows und die Wiederherstellung verfassungsmäßiger
Zustände im Lande. Mit dieser Arbeit führte er am besten
die Stellung des Fürsten und jetzigen Königs, der am 7. Juli
1917 bereits auf eine 30jährige Regierungstätigkeit zurück-
treten konnte. Erst im Mai 1894 fiel das Regime Stamb-
ulows und Radoslawow trat sofort wieder in die Regierung

Amthlicher Bericht der Heeresleitung.

WTB. Großes Hauptquartier, 17. Juni.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Kege Erkundungstätigkeit führte an vielen Stellen der
Front zu heftigen Infanteriegefechten. Südwestlich von
Obern und beiderseits der Somme lebte die Gefechtsstätigkeit
am Abend auf.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nach dem Kampfe südwestlich von Noyon nahm die
Artillerietätigkeit am Abend an Stärke zu. Zwischen Duray
und Marne machten wir bei örtlichen Unternehmungen 120
Gefangene.

Die Geschütze beider Fronten zwischen Mont-
didier und Noyon hat sich von 150 auf mehr als 300, dabei
schweres Kaliber, erhöht. Die Beute an Maschinengewehren
beträgt weiter über 1000.

Heeresgruppe Gallwitz.

Zwischen Maas und Mosel führten wir den Amerikanern
durch Vorstöße beiderseits von Jizay Verluste zu und zer-
störten Teile ihrer Stellungen.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Erkundungs-Abteilungen holten in den Vogesen und im
Sundgau Gefangene aus französischen und amerikanischen
Gräben.

Gefangen wurden acht feindliche Flugzeuge und acht feind-
liche Ballone zum Absturz gebracht.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

22 000 Tonnen.

Berlin, 16. Juni. Deutsche und österreichisch-ungarische
Unterboote versenkten im Mittelmeer fünf Dampfer
und neun Segler, zusammen

und 22 000 Se. R. T.

Unter den versenkten Dampfern befand sich der eng-
lische Truppentransporter „Neptune Castle“
(1937 Se. R. T.).

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Holland stellt sich im Hinblick auf die wider der Forderung
der Vereinigten Staaten von der Entente ausgehende Ver-
einbarung seiner Schifffahrt und seines Handels gezwungen,
anlässlich der Entsendung des holländischen Kreuzers „Herzog

Sendrik“ mit den beiden zu Hilfskreuzern umgewandelten
Dampfern „Tasmanian“ und „Norddam“ nach holländisch-Indi-
en ausdrücklich festzustellen, daß die Kriegsschiffe nichts
anderes als militärisches und Gouvernementspersonal und
Kriegsvorräte für die notwendigen Ablösungen und Unter-
stützungen in holländisch-Indien an Bord haben. „Neuere
Kriegsschiffe“ versehen ausdrücklich, daß es keines-
wegs in der Absicht liegt, einen Handelsverkehr unter Be-
schimpfung der Kriegsschiffe einzurichten, der ohne diese Be-
schimpfung von den Kriegführenden nicht zugelassen werden
würde.

Vor einigen Tagen hat man ferner gelesen, wieviel Aus-
fuhr — bis auf die Lønne berechnet — die Vereinigten
Staaten den norwegischen Kaufleuten und Industriellen er-
laubten.

Man sagt sich an den Kopf, ob diese Vergemäl-
tungen der Neutralen wirklich von demselben
Wilson ausgehen, der in seiner Note vom 23. Juli 1915 an
Deutschland schrieb:

Die Vereinigten Staaten sind bereit, jede vernünftige
Küchschmaßnahme auf die neue und unerwartete Gestaltung
der Seefahrtswegen wachen zu lassen. Die Rechte der Neu-
tralen in Kriegszonen beruhen auf Grundbesitz, nicht auf
Zweckmäßigkeit, und die Grundbesitz sind unabänderlich.
Pflicht und Obsequenz der Kriegführenden ist es, einen
Weg zu finden, ihnen die neuen Verhältnisse anzupassen.

Der Prozeß gegen Caillaux.

Basel, 17. Juni. (Brin-Zel.) Der Prozeß gegen
Caillaux kann nicht zum Abschluß kommen, weil die
Untersuchung nur die Regierung kompromittiert hat, und auch
der Prozeß gegen den früheren Minister des Innern, Malon,
der in wenigen Wochen vor dem Senat zur Verhandlung
kommt, wird, wie sich nach den Ergebnissen der Untersuchung
voraussetzen läßt, mit einer Ehrenrettung des Angeklagten
enden. Da die verwickelte Lage immer mehr zu einer
Sammlung aller republikanischen Parteien drängt, ist es zu
begreifen, daß Clemenceau selbst bereits mit der Liquidation
seiner Regierung begonnen hat.

Eine Ministerialabteilung für das Tankwesen.

Genf, 16. Juni. Aus Paris wird gemeldet: Auf
Veranlassung der Abgeordneten Ferry und Renaudel wird
die Regierung im Umkreis des Kriegsministeriums eine
neue Ministerialabteilung für das Tankwesen schaffen.
Diese Abteilung soll „Direktion der Antriebs-Motoren“ ge-
nannt werden.

(Weitere Depeschen siehe auch Seite 3.)

Im Kabinett Stollow wurde der Minister des Innern und im darauffolgenden Kabinett Grewo Justizminister. Nach den Wahlen im Jahre 1900 verließ seine Partei über die Majorität in der Sobranje. Trotzdem wurde Radoslawow nicht etwa Ministerpräsident, sondern Finanzminister in einem neu gebildeten Kabinett. Nach einer Auflösung der Sobranje wurde er in den Anklagestand versetzt. Er sollte die Verfassung verletzen und für den Staat schädliche Verträge abgeschlossen haben. Seine damalige Beurlaubung zu vier Monaten Gefängnis darf man nicht nach mitteluropäischen Gesichtspunkten bewerten. Lebenslang trug er bei dieser Affäre fernerlei Schaden davon, sein Ansehen blieb vielmehr das alte. Seine Laufbahn war auch nicht abgebrochen. Es kam ihm zu gute, daß er sich während der großen Balkanwirren mit den beiden Kriegen völlig zurückgehalten hatte. In Bulgariens größter Bedrängnis betrat ihn der König zur Bildung einer neuen Regierung, die er am 18. Juli 1913 übernahm. Es spricht für das Vertrauen, das er im Volke besaß, daß er die Last der Friedensverträge mit Rumänien, Serbien und Griechenland übernehmen konnte, ohne seiner Stellung damit Abbruch zu tun. Mit voller Kraft bemühte er sich um die Sanierung der Verhältnisse in seiner Heimat, und eines seiner ersten Verträge war die Aufnahme einer Anleihe von 500 Millionen Franken, die beschleunigterweise in Oesterreich und Deutschland untergebracht wurde. Der Abschluß dieser Anleihe erfolgte übrigens 14 Tage vor Beginn des Weltkrieges, am 18. Juli 1914.

Radoslawows Politik während des Krieges hat Bulgarien für immer den Stempel seiner Staatskunst aufgedrückt. Sein anfängliches Schwanken ist heute nur zu erklären. Er hatte einesseits noch immer mit starken russischen Einflüssen zu rechnen, und andererseits wollte er sein Land, das von den zwei Weltkriegen ohnehin hart mitgenommen war, nicht leichtfertig einem neuen miträtischen Waffensysteme ausliefern. Deshalb war seine abwartende Politik der Neutralität verständlich. Er versuchte die bulgarischen Ziele durch friedliche Verhandlungen zu erfüllen. Als dann aber die Russen in ihrem Ultimatum an Bulgarien zu Drohungen übergingen, fand er ernste und würdige Worte der Abwehr. In einem Armeebefehl hatte König Ferdinand nach dem für Bulgarien bedingenden Bulaker Frieden von 1913 gesagt: „Ergötzt Euren Kindern und Enkeln von der Tapferkeit der bulgarischen Soldaten und bereitet sie vor, eines Tages das ruhmvolle Werk zum Abschluß zu bringen, das Ihr begonnen habt.“ Dieser Tag war früher gekommen, wie der König in den düsteren Sommertagen des Jahre 1913 ahnen konnte. Das russische Ultimatum erfolgte am 4. Okt. 1915, während die bulgarische Antwort zwei Tage darauf erteilt wurde. Noch am gleichen Tage verließen die Biederbeiden-Gesandten die bulgarische Hauptstadt und am 13. Oktober traten die Bulgaren den Vormarsch gegen Serbien an, der unter Radenski, Schuler an Schuler mit deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen, einen so glatten und ruhmreichen Verlauf nahm. Auch gegenüber russischen Streitkräften stellten die Bulgaren später ihren Mann. Radoslawows Politik war von den reichsten Erfolgen gekrönt. Er hat seinem Lande durch den neuen Frieden von Bulaker nicht nur die geräubten Gebiete der Dobrußja zurückbringen können, sondern auch die sichere Anwartschaft auf den übrigen Teil der Dobrußja bis zur Donau. Diese Gebiete sollten nach dem Wortlaut des Bulaker Vertrages zunächst gemeinsamer Besitz des Vierbundes bleiben, eine Lösung, die in Bulgarien wenig geliebt und die vielleicht auch dazu beigetragen hat, daß die Stellung Radoslawows im Vorkriegsland. Andererseits aber hat Radoslawows Politik dazu geführt, daß auch die übrigen nationalen Wünsche sich ihrer Erfüllung in wachsender Maße nähern.

Das bekannteste Mitglied seiner Regierung war der Finanzminister Tontschew, der seinerzeit den ersten Bulaker Frieden unterschrieben hatte und der jetzt die Genugtuung hatte, seinen Namen auch unter den neuen Frieden von Bulaker setzen zu können. Ein Mann mit den Verdiensten Radoslawows kann und wird sich trotz seines Alters von 64 Jahren noch nicht von der Politik zurückziehen. Er wird auch weiterhin eine bedeutende Rolle in der Politik Bulgariens spielen, selbst wenn er jetzt scheinbar in den Hintergrund tritt. Seine deutschfreundliche Politik wird sicher auch von seinen Nachfolgern, wie immer sie heißen werden, fortgesetzt werden. C. H.

Die angeblichen Gründe für die Demission.

In seiner Kammer vom Freitag, den 14. Juni, schrieb der Wiener „Bund“ an der Spitze des Blattes unter der Überschrift „Reinbildung des Kabinetts Radoslawow“:

Das Kondominium in der Norddobrußja rief große Unzufriedenheit in Bulgarien hervor. Die Stambulowitengruppe des Kabinetts trat zurück und der Ministerpräsident Radoslawow, der vom König beauftragt wurde, das Kabinett neu zu bilden, suchte eine Lösung herbeizuführen; er hat sich, wie wir vornehmen, an eine Fraktion der Bauernbündlergruppe gewendet, die ihm seine Unterstützung im Parlament zugesagt hat, ohne jedoch ministerielle Portefeuilles übernehmen zu wollen. Ist die partielle Krise auf diese Weise gelöst, so vertritt sich Radoslawow einer Weisheit im Parlament und wird mit großer Wahrscheinlichkeit die Ratifizierung des Bulaker Vertrages in der kommenden Session zustande bringen; daß diese Ratifizierung nicht ohne Kämpfe und heilige Debatten abgehen wird, ist klar. Man hat auch den Versuch einer Verständigung mit einer Fraktion der Sozialisten gemacht, aber ohne Erfolg. Ob man auf diese Weise die Aufregung des Volkes wird bewältigen können, wird die Zukunft lehren.

Das Ministerium Radoslawow, welches seit 1913 am Acker ist, legt sich zusammen aus drei liberalen Fraktionen: den Radoslawowiten mit fünf Ministern, den Stambulowiten mit zwei und den Tontschewiten mit zwei Ministern; im weiteren ist darin ein parteiloser Minister (Krieg).

Vernichtung von roten Garden bei Taganrog.

Telegramm unseres zum Ostsee entlandenen Kriegsberichterstatters.

R i e w, den 15. Juni.

Während an der Ostgrenze der Ukraine die Verhandlungen zur Festschließung der Demarationslinie im Gange sind, haben starke bolschewistische Kräfte vom Dniester des Niemischen Meeres her den Versuch gemacht, unseren Truppen bei Kozlow in den Rücken zu fallen. Von der Hafenstadt Tschik im Kaukasus Gebiet rückten sie ein Schiffspetition aus, die 1000 Mann nach Kozlow überführte. Es handelt sich also um ein großangelegtes Unternehmen, das darauf rechnete, unsere Truppen zu überrunden und den Kampf auf neue in die aufstrebende Ukraine zu tragen. Die Führertruppe auf militärischem Gebiete hatten jedoch russische Offiziere übernommen. Mit etwa einem halben Tausend Bataillonen, einer Anzahl Batterien und einigen Eskadrons griff das dort stehende deutsche Kommando ein. Durch die tief einschneidende Mistof-Bucht wird weißlich Taganrog eine Festinsel gebildet, auf der die gelandeten Bolschewisten sich zunächst hatten. Sie wurden von Norden von dem starken rechten Flügel, der über Taganrog anrückenden deutschen Abteilung, umfaßt und am Abend des 14. auf die Küste zurückgeworfen. Trotz des verzweifelten Widerstandes der Gelandeten wurde der größere Teil dabei vom Meere abgeschliffen. Er ludte sich hinter den Dredschindernissen zu halten, die er vor seinem Südrückzug angelegt hatte. Gleichzeitig waren aber deutsche und österreichisch-ungarische Kompagnien und Eskadrons durch die Mistof-Bucht gewandert und geschwoomen, so daß auch ein Durchschlagen nach Westen unmöglich war. Es kam zum letzten Endkampf, bei dem sich die eingeschlossenen bis zum letzten Mann verteidigten. Nur 20 Mann wurden gefangen genommen, 5000 tote Leigen auf dem Seefeld. Einem Teil gelang es auf Flößen und Booten das Meer zu gewinnen, aber ehe sie die Schiffe erreichten, sanken die Flöße unter den Granaten unserer Artillerie. Gegen 8 Uhr abends dampfte auch die feindliche Flottille in Richtung des Dniestres des Niemischen Meeres ab. Rolf Brandt, Kriegsberichterstatter.

Clemenceaus Stellung.

Bréand's Name taucht auf.

Im Palais Bourbon wird laut „L.-M.“ gegen Clemenceau intrigiert. Man will ihn für „L.“ und Bréand an seine Stelle setzen. Die weiche für Fortsetzung des Krieges um jeden Preis seien, schärften sich um Clemenceau, weil sie meinen, daß Bréand dem Frieden geneigt sei. Clemenceau soll geküßelt haben: „Wenn die Opposition anhält, werde ich meine Demission noch an Caillaux senden.“ Die Pariser Zeitungen, die jetzt in der Schweiz eintreffen, sind laut „L.-M.“ zur Hälfte weiß. Der Abzug der wohlhabenden Einwohner aus der Hauptstadt hat eine Krise in der Verteidigungsindustrie zur Folge gehabt. Der fünfte Teil der Arbeiterinnen aus den großen Magazinen ist der Kundschäft in der Provinz geflohen.

Frankreichs Desporadopolitik.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bespricht in einem „Frankreichs Desporadopolitik“ betitelten Artikel die Entfaltungen des „Manchester Guardian“ über die kürzlich französischen Kammerauschuss-Verhandlungen für auswärtige Angelegenheiten und die dadurch fargestellten Erwartungen für Frankreich, sowie die jüngste Rede Clemenceaus, in der er die

englisch-französische Erhöhung

eingesetzt und sich nur noch an die problematische amerikanische Hilfe zu klammern vermag. In diesem Zusammenhang macht die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ auf die verschiedenen Bemühungen der französischen Regierung aufmerksam, den Friedenswillen des französischen Volkes zu bestärken und sich dabei folgende Zusammenfassung der bekanntesten zeitlichen Zeitschrift „Le Paris“ wieder: „Es gibt in Frankreich immer noch Leute, die sich einbilden, daß ein wenig guter Wille von unserer Seite und eine Verständigung zwischen uns und den Deutschen genügen würden, um den Weltfrieden herzustellen. Keine Fäulung ist gefährlicher als diese. Der Friede hängt nicht von uns ab. Die amerikanischen Arbeitervertreter sagten es uns mit sehr klaren Worten, wie auch Herr Wilson, wie auch Herr Lloyd George: England und Amerika kämpfen nicht nur für uns, sondern auch für ihr eigenes Heil, damit die Erde von der furchigen Drohung erlöhnen werde, die im Fall des Triumphes des deutschen Militarismus auf allen Völkern lasten würde. Wenn wir die Freiheit besitzen, auf das Recht zu verzichten, England und Amerika würden keinen Frieden schließen. Wenn Deutschland bereit wäre, uns das

Weg abzutreten,

England und Amerika würden ihnen Frieden schließen. Und wenn wir mit der Erklärung, daß wir zufrieden gestellt sind, einstimmen, England und Amerika würden den Kampf fortsetzen. Nichts ist ihnen leichter, da sie die Herren des Meeres sind. Sie würden unsere Nahrungsmitteleverorgung cutstellen; sie würden Frankreich blockieren, wie sie Deutschland blockieren, und das einzige Ergebnis unserer Unterwerfung unter den Sieger wäre dieses: wir würden die furchterlichsten Hungersnot

erleiden. Das ist die Wahrheit. Man darf nicht müde werden, sie immer wieder den Parajisten, den harmlosen Sozialisten, allen denen, die sich von neuen Illusionen nähren, zu wiederholen. Wir sind an unsere Verbündeten gebunden; wir können nicht ohne sie verhandeln; wir haben nicht die Wahl zwischen Sieg und Frieden, sondern zwischen Sieg und Hunger!“

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ unterstreicht die Bedeutung dieses erschütternden Eingeständnisses: Frankreich kämpft, weil es kämpfen muß, nicht einmal um seiner Kriegsziele willen, sondern weil es um Kampfes genungen wird. Nicht der Feind, nicht das französische Völkerzungen Frankreich zur Kriegsförderung, sondern Frankreichs Verbündete. Nicht um den Sieg kämpft Frankreich, sondern um sein tägliches Brot, das ihm die Verbündeten nur um den Preis seines Weiterblutens bewilligen. Kein Gegner Frankreichs würde sich erlauben haben, in dieser Weise Frankreichs Schicksal dem Griechenland und Portugals gleichzustellen. Diese Darstellung der Kriegsgründe Frankreichs geht

aber nur französischer Seite aus und soll zur Berichtigung des französischen Volkes dienen.

Englische Besorgnisse vor neuen deutschen Schlägen.

Rotterdam, 15. Juni. „Neuere Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Die Presse ist befreit über die Beendigung der letzten deutschen Offensive, sieht aber ein, daß noch andere Schläge zu erwarten sind und die Gefahr nicht vorüber ist. — „Daily Chronicle“ schreibt in einem Leitartikel:

Die Phase von Kämpfen, die am letzten Sonntag begann, scheint jetzt die Ende erreicht zu haben, und auf der ganzen Linie zwischen Westfländer und Chateau-Thierry ist wieder eine feste Front entstanden. Die Deutschen haben nicht alle ihre Ziele erreichen können und haben im Strohhaufen zu der Truppenzahl, die sie einziehen, schmerze Verluste erlitten. Wir können über diesen Ausgang beschiedigt sein, diesen aber der großen Gefahr, die unseren Armeen noch immer droht, nicht blind gegenübersehen. Die Positionen der Deutschen haben die Gefahr für Paris beträchtlich vermehrt. Die Deutschen verfügen noch immer über ein bedeutendes, zahlenmäßiges Uebergeheimt. Die Westzonen, die sie nach fast drei Kampfmomenten noch zur Verfügung haben, sind ansehnlich, um jeden Augenblick eine noch größere Offensive zu unternehmen als die vom 21. März. Sie können sowohl in Richtung auf Paris und Liège, als auch in der Richtung Brüssel und Calais und schließlich in der Richtung Boulogne angreifen, und wir haben wenig Aussicht, herauszufinden, wo wir unsere Truppen zusammenziehen müssen, um den Angriff, ehe der Schlag kommt, abzuwehren.

Amerikanisch-spanische Streitigkeiten.

Madrid, 11. Juni. (Nachricht des „Reuter“ des Wiener K. A. Teleg. Korresp.-Bureaus. Rezipient eingetroffen.) Die Blätter veröffentlichten ein aus Washington eingehendes halbamtliches Telegramm der nordamerikanischen Regierung, in welchem gegen Spanien der Vorwurf erhoben wird, daß es die Bedingungen des kürzlich abgeschlossenen spanisch-nordamerikanischen Handelsabkommens nicht erfüllt. Die Note betont u. a., daß die nordamerikanische Regierung eine Ausfuhrbewilligung für Baumwolle, Del und Haselnüßchen habe, obgleich sie durch unrichtige Beweise die Ueberzeugung gewonnen habe, daß mit einem Teil der genannten Artikel deutsche Unterseeboote (?) verpackt würden, welche letztere nicht allein Entschädigung, sondern auch spanische Schiffe, und zwar selbst in spanischen Territorialgewässern, Spanien. Es wäre ratsam, heißt es in der Note weiter, daß Spanien der an seiner Küste betriebenen deutschen U-Boot-Kampagne ein Ende bereite.

Das Organ der Mauristen, „Accion“, welches der Washingtoner Depesche große Bedeutung beilegt, hält die gegen Spanien begünstig der Verfolgung deutscher Unterseeboote erhabenen Anschuldigungen für vollkommen ungerechtfertigt und für jeder ernsten Grundlage entbehrend.

Kammer und Offensive in Italien.

Rom, 16. Juni. Das Interesse der italienischen Kammer an der Budget-Debatte ist abgeklaut. Zahlreiche Redner haben gestern angelehnt der österreichischen Offensive auf das Wort verzichtet.

Die ukrainisch-russischen Verhandlungen.

Kiew, 15. Juni. Das ukrainisch-russische Waffenstillstandsabkommen ist veröffentlicht worden. In der getriggen Gesamtheit der Friedensunterhandlungen ist die Erörterung der Grenzfragen begonnen worden. Die Vertretung der Sowjet-Regierung verlangt allgemeine freie Volksoberstimmung und auf ethnographischer Grundlage, die ukrainische will die Bestimmung nur in kritischen Ausnahmefällen zulassen, soweit dadurch Interessen des gesamten Staatsorganismus nicht gefährdet werden. Eine Einigung ist nicht erzielt worden. Fortsetzung Montag.

Der ehemalige Bolschewik des Gouvernements Tschernigow Juan Tscholokoff ist zum ersten Sekretär der ukrainischen Gesandtschaft in Berlin ernannt worden.

Die Regierung bereitet einen Gesandtschaftsbesuch über Handelsverbote zur Bekämpfung der Warenpekulation vor.

Tabriß besetzt.

Konstantinopel, 15. Juni. Palästinafront: Die hebräische Gefechtsfähigkeit hielt sich in möglichen Grenzen. Auf unserer Seite wurden die Jordanien liegendes feindliches Feuer wurde wirkungslos von unseren Batterien erwidert. Ein erneuter Angriff auf Jaffa wird bereitet. Die Hebräer lagern bei Taffa wurden von unseren Fliegern mit Bomben und Maschinengewehren angegriffen.

Dziwron: Angelehnt des Vordringens der Engländer in Persien haben wir zum Krantenidung unserer im Kaukasus liegenden Truppen bederleits des Urmiafes zu Fuß geschickt und Tabriß besetzt. Sonst nichts von Bedeutung.

Ausland.

Der deutsche Volkstag in Wien über Friedens- und Bündnisfragen.

Wien, 16. Juni. Der zahlreich besuchte deutsche Volkstag im Wiener Rathaus hat sich in einmütiger angenommener Entscheidung für einen ehrenvollen Frieden, der die Opfer an Gut und Blut lohne, für engen politischen, militärischen wirtschaftlichen Zusammenstich mit dem Deutschen Reich als liberale Friedensbürgschaft für die deutsche Staatsprache, für Sonderbefreiung Galiziens, gegen einen italo-französischen und südländlichen Staat und für eine Einheitsfront der verbündeten Mittelstaaten auch in Ernährungsfragen ausgesprochen.

Die Brandstiftungen in Stambol.

Konstantinopel, 16. Juni. Laut „Tasiri Etilar“ sind durch den Brand achttausend Häuser vernichtet worden. Der Schaden wird auf über vier Millionen Pfund geschätzt. Die Zahl der Obdachlosen beträgt etwa achtzigtausend.